



Niedersächsischer Städtetag

» Am 26. und 27. September tagte der Deutsche Städtetag in Hannover. Wie so oft wurde über fehlende Gelder in den Etats der Haushalte gesprochen. Aber ist ein wirklicher Wille zu erkennen, die Löcher zu stopfen? Wir sagen nein, denn anstatt an den richtigen Stellschrauben zu drehen, sieht man eher das Land und den Bund in der Pflicht, den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Bei der Abendveranstaltung sprachen wir mit einigen Mitgliedern des Städtetages, und wir zeigten am Beispiel „Bürgergeld“, wie verrückt und selbstzerstörerisch unsere Gesellschaft geworden ist. „Wir reden über den Fachkräftemangel, geben jedoch vielen Menschen keinen Anreiz, arbeiten zu gehen, da man teilweise mehr Geld mit dem Bürgergeld bezieht, als man mit seiner Hände Arbeit erarbeitet“, sagte der Fraktionsvorsitzende Jens Keller. Auch besprachen wir wichtige Themen mit dem Fraktionsvorsitzenden der AfD Landtagsfraktion, Stefan Marzischewski-Drewes.



Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide

Rückblick auf den Bothfelder Herbstmarkt

Am 23. und 24. September fand bereits zum 26. Mal der beliebte Bothfelder Herbstmarkt statt, das größte Familienstadtfest Hannovers. Unser gut besuchter Info-Stand und die Unterschriftenaktion fanden viel Zuspruch, und das Thema Flüchtlingsunterkünfte in Hannover (Bothfeld-Vahrenheide) wird bei einer Sondersitzung des Bezirksrats am 18. Oktober behandelt. Zudem nahmen wir am großen Umzug teil und verteilten Blumen an das begeisterte Publikum.



Jens Keller

Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat
Stellv. Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat
Stv. Vorsitzender im Kreisverband Hannover Stadt
E-Mail: jens.keller@afd-hannover.de



Reinhard Hirche

Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat
Beisitzer im Vorstand des Kreisverbandes Hannover Stadt
Geschäftsführer der AfD Stadtratsfraktion Hannover
E-Mail: reinhard.hirche@afd-hannover.de



Uwe Wippach

Stellv. Fraktionsvorsitzender und
Bezirksratsherr im Stadtbezirk Döhren-Wülfel



Markus Karger

Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat
Ricklingen



Judith Schunk

Bezirksratsfrau im Stadtbezirk
Bothfeld-Vahrenheide

Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH,
Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.de
Telefon: 0511-168 31845

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Ausgabe 4/ 2023

Bereit für mehr

Debatte im Rat:

Krise im Wohnungsbau

Inhalt:

- » Stadtrat: • Aktuelle Stunde im Rat:
 - Die Wohnungsbaukrise in Hannover
 - Anfrage im Stadtrat: Wie viele Straftaten im letzten Jahr in Hannover
 - Pressemitteilung der Stadtratsfraktion
- » Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt • Eklat im Bezirksrat
- » Bezirksrat Ricklingen • Schließung Pflegeheim
- » AfD beim Niedersächsischen Städtetag
- » Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide • Rückblick auf den Herbstmarkt

Hannover. Aber normal.



Aktuelle Stunde im Rat: Die Wohnungsbaukrise in Hannover

» Die Wohnungsbaukrise stellt bereits seit Langem eine Herausforderung dar, und die Stadtverwaltung hat sich dabei auf die Maxime „der Markt regelt sich von selbst“ verlassen. Nun steht die Landeshauptstadt Hannover vor vielfältigen Konsequenzen, wie steigenden Mieten, fehlendem Wohnraum, anziehenden Zinsen und strengeren Energiesparvorgaben.

Hinzu kommt ein anhaltender Zuzug von Menschen, inklusive illegal eingereister Migranten.

Es werden Mittel aufgewendet, um mehr Wohnraum für Neuankömmlinge zu schaffen, während die etablierten Bürger mit den Herausforderungen des Wohnungsmarkts alleine gelassen werden.

Zusätzlich wird der Wohnungsmarkt immer unattraktiver und schreckt zunehmend Investoren ab, wodurch ein Teufelskreis entsteht.

Die Stadt baut Unterkünfte für illegal eingereiste Kostgänger und überlässt den allgemeinen Markt den stetig weniger werdenden Investoren. In der Folge steigen die Mieten und die Bürger bangen um ihre Wohnsicherheit.

Diese Problematik ist nicht allein auf die Stadt Hannover beschränkt. Zahlreiche Kommunen, Städte und Landkreise haben bereits mittels Brandbriefen an die Landes- oder Bundesregierung appelliert, da sie den vor ihnen liegenden Herausforderungen nicht

mehr gewachsen sind. Jens Keller, AfD-Fraktionsvorsitzender, äußert:

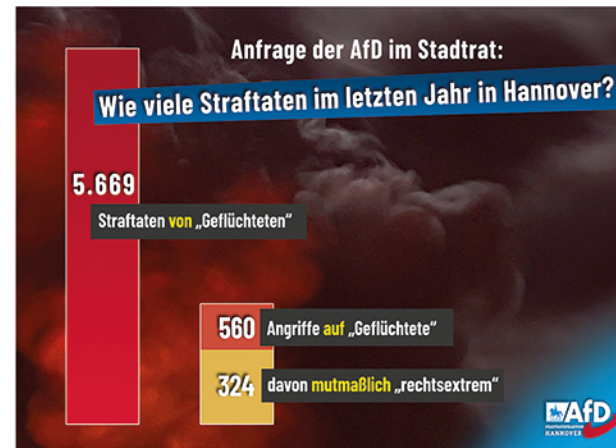
» „Liebe Stadtverwaltung, wir schlagen vor: Initiiieren Sie ebenfalls einen Brandbrief. Orientieren Sie sich an Ihren Kollegen aus NRW, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein und machen Sie der Regierung deutlich:

Wir haben keinen Platz, wir können nicht mehr!



Hannover: 5.669 Straftaten von Migranten im Jahr 2022

» Ist Rechtsextremismus wirklich die größte Gefahr in Deutschland? Wir wollten von der hannoverschen Stadtverwaltung wissen: Gibt es tatsächlich mehr Straftaten auf sogenannte Geflüchtete oder ist es eher andersrum? Die genannten Zahlen geben Anlass zur Sorge: Im letzten Jahr haben Migranten 5.669 Straftaten in Hannover begangen. Wobei die Dunkelziffer weit aus größer sein dürfte. Somit wurde jede dritte Straftat eines sogenannten Flüchtlings in Niedersachsen in der Landeshauptstadt verübt. Im Gegenzug dazu gab es auch 560 Übergriffe auf Migranten, wobei sich ein Teil davon mit Konflikten untereinander erklären lässt. 324 der Übergriffe wurden dem „rechtsextremen Spektrum“ zugeordnet.



Pressemitteilung der AfD-Stadtratsfraktion

Offizielle Stellungnahme zur Distanzierung vom Nationalsozialismus und Antisemitismus

» In Zeiten, in denen unsere Gesellschaft mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert ist, möchten wir, die AfD-Stadtratsfraktion, eine klare und unmissverständliche Stellungnahme abgeben. Wir, die AfD-Stadtratsfraktion, distanzieren uns auf das Schärfste von jeglicher Form des Nationalsozialismus und Antisemitismus. Diese Position ist nicht nur selbstverständlich, sondern auch eine

moralische Verpflichtung eines jeden Bürgers unserer Gesellschaft. Die Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur und die Gräueltaten des Holocaust dürfen niemals vergessen werden.

Wir müssen sicherstellen, dass solche Gräueltaten nie wieder geschehen. Der Nationalsozialismus steht für Hass, Intoleranz und Gewalt gegenüber Andersdenken-

Andersdenkenden und Minderheiten. Antisemitismus ist eine abscheuliche Ideologie, die Hass gegenüber jüdischen Menschen schürt und in der Geschichte zu unermesslichem Leid geführt hat.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich ebenfalls von jeder Form des Extremismus, Hasses und Antisemitismus zu distanzieren. Wir müssen unsere Gesellschaft gemeinsam vor solchen destruktiven Kräften schützen.

Stadtrat

Als AfD-Stadtratsfraktion versprechen wir, uns weiterhin für eine offene und tolerante Gesellschaft einzusetzen. Wir werden uns aktiv für die Förderung von Verständnis, Respekt und Zusammenarbeit einsetzen.

In Zeiten, in denen unsere Gesellschaft vor Herausforderungen steht, müssen wir uns auf unsere gemeinsamen Werte und Prinzipien besinnen. Nur so können wir eine bessere Zukunft für alle schaffen. «

Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Eklat während der Aktuellen Stunde

» In der Septembersitzung des Stadtbezirks Ahlem-Badenstedt-Davenstedt brachte die AfD eine Aktuelle Stunde gegen das Verbot von Sarg- bzw. Erdbestattungen auf dem Badenstedter Friedhof ein. Dieses Verbot wurde unter anderem mit mutmaßlichen Grundwasserbelastungen begründet. In einer neuen Drucksache wurde diese Belastung aber wieder entfernt. Laut Verwaltung gab es Hinweise auf „Wachseleichen“, die nach Angaben von CDU- und FDP-Politikern jedoch nicht existierten.

Ein verbaler Angriff während der Diskussion zog zusätzliche Aufmerksamkeit auf sich. Tamara Fuhrmann, Bezirksratsfraktion „Natürlich AhBaDa“, bezeichnete die AfD-Fraktion als „Faschisten“, ohne klaren Anlass.

Die AfD-Fraktion erstattete Anzeige. Sitzungsleiter und Bezirksbürgermeister Rolf Schulz verzichtete auf einen Ordnungsruf und ließ die Sitzung auch nach dem Einwand von AfD-Bezirksratsherr Keller ohne Diskussion weiterlaufen.

In der nachfolgenden Sitzung im Oktober thematisierte die Bezirksratsfraktion die desaströse Migrationspolitik der Ampel-Regierung und forderte eine klare Differenzierung zwischen Kriegsflüchtlingsen und Migranten, um das Sozialsystem und die öffentliche Sicherheit zu schützen.

„Unser großzügiges Sozialsystem droht zu kollabieren, sollte dieser unkontrollierte Zustrom nicht bald beendet werden.“

Wir wurden

als **Faschisten** beleidigt



Die öffentliche Sicherheit ist durch die unkontrollierte Aufnahme von jungen und wehrfähigen Männern in Gefahr.

Dies alles geht auf Kosten der Bürger dieses Landes und unserer Stadt. Jeder Euro lässt sich nur einmal ausgeben und fehlt bei falscher Investition an anderer Stelle. Unsere Schulen sind marode, ebenso unsere Infrastruktur, während die Schulden unserer Stadt stetig wachsen,“ so Fraktionsvorsitzender **Reinhard Hirche**.

Schließung Pflegeheim - Aber Geld für Flüchtlingsheim

Bezirksrat Ricklingen

» Ein weiteres Pflegeheim im Stadtbezirk steht vor der Schließung, da die erste Insolvenzphase durchlaufen ist und die zweite bereits beginnt.

Die Zukunft der Pflegebedürftigen und des Personals ist ungewiss, finanzielle Unterstützung von der Stadt bleibt aus.

Derweil plant die Stadt auf einem Gelände, begrenzt durch Leipziger Straße, Auf dem Kampe und Deveser Straße, den Bau von Flüchtlingsunterkünften.

Dies zeigt einmal mehr, dass die Regierung bzw. Stadtverwaltung die jüngsten Ereignisse, wie Massenschlägereien, Schließungen von Freibädern, die beiden Eritrea-Festivals in Gießen und Stuttgart sowie steigende Straftaten bei Ausländern, nicht wahrzunehmen scheint.

Wirtschaftsflüchtlingsen wird Vorrang vor dem eigenen Volk, insbesondere vor den pflegebedürftigen Angehörigen des eigenen Volkes, einräumt.



Quelle: istock.com